

Koalitionsvereinbarungen für die Wahlperiode 2023-2027

1. Koa-Vertrag Bremen
2. Koa-Vertrag Bremerhaven

Durchsicht bzgl. Themen und Forderungen
der Bremer Engagementstrategie

Koalitionsvertrag für die 21. Wahlperiode

der Bremischen Bürgerschaft

1. Koa-Vertrag Bremen

2023-2027

gesichtet aus Perspektive der Bremer Engagementstrategie

6038

6039 **Freiwilliges Engagement stärken**

6040 Bei der Erreichung unserer Ziele für eine solidarische Gesellschaft bauen wir auf die Zusammenarbeit
6041 mit all denen, die unsere Werte teilen. Freiheit und Demokratie, Solidarität, Gerechtigkeit und die Ach-
6042 tung der Menschenwürde tragen uns und viele andere in unserer Gesellschaft – von Gewerkschaften
6043 und Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und religiösen Gemeinschaften über den organisierten Sport bis hin
6044 zu den Akteuren einer engagierten Zivilgesellschaft aus Initiativen, Vereinen oder Stiftungen. Sie alle
6045 leisten wertvolle Beiträge für den sozialen Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt. Sie wirken aber
6046 auch entscheidend für ein tolerantes Klima, engagieren sich gegen Entsolidarisierung und für Inklusion
6047 und sind wichtige Partner*innen bei der Armutsprävention in unseren beiden Städten.

6048

6049 **Die Koalition wird:**

- 6050 • gemeinsam mit den genannten Akteuren prüfen, ob man die Infrastruktur für freiwilliges Engagement
6051 stärken kann durch ein „Haus des Engagements“.
- 6052 • für die Umsetzung von Empfehlungen aus der Engagementstrategie Mittel bereitstellen, insbesonde-
6053 re für die Nachwuchsgewinnung für Vereinsvorstände und die Förderung engagementferner Grup-
6054 pen.
- 6055 • das Beratungsangebot aus dem Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für stark belastete Freiwilli-
6056 gendienstleistende, die eine wichtige Quelle für Fachkräfte im Sozialbereich sind, fortzuführen.
- 6057 • die gemeinsame Ehrenamtcard Niedersachsen/Bremen fortführen und weiterentwickeln.
- 6058 • eine Initiative auf Bundesebene starten, um die Ehrenamtspauschale weiter anzuheben und die Ver-
6059 einfachung im Steuer- und Gemeinnützigkeitsrecht voranzutreiben.

6084

(Offene) Kinder- und Jugendarbeit / Jugendverbandsarbeit

6085

Das bisherige Finanzierungssystem der Offenen Jugendarbeit stößt gegenwärtig an seine Grenzen.

6086

Es braucht eine grundlegende Neuausrichtung. Als Grundlage dafür dienen die Ergebnisse des ersten Bremer Jugendberichts. Ziel muss es sein, stadtweit ein qualitativ gutes, vielseitiges und verlässliches Angebot der Offenen Kinder Jugendarbeit (OJA) und Jugendverbandsarbeit, das allen Kindern und Jugendlichen offensteht, abzusichern und zu fördern.

6087

6088

6089

6090

6091

Die Koalition wird:

6092

- in einem ersten Schritt die **Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die offene Jugendarbeit** umsetzen, die finanziellen Mittel aufstocken und die **Förderzeiträume für die Zuwendungen** an den Doppelhaushalt anpassen, um die **Planungssicherheit der Anbieter** zu erhöhen.

6093

6094

6095

- die **Finanzierungssystematik** inklusive eines Sockelbetrages und einer dynamisierten Zuwendung überarbeiten.

6096

- weiterhin finanzielle Mittel nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ auf die Stadtteile verteilen.

6097

- neu entstehenden Wohnquartieren frühzeitig Mittel zum Aufbau von OJA-Angeboten zur Verfügung stellen.

6098

6099

- die Integrationsmittel dauerhaft absichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln,

6100

- die Kinder- und Jugendfarmen (Stadtteilmotiv) im Zusammenspiel mit Jugend- und Bildungsressort absichern. Sie sind auch besondere außerschulische Lernorte, die regelhaft von Schulen genutzt werden können. Wir werden prüfen, wie wir sie im Zusammenhang mit der Ausweitung der Ganztagsbeschulung als integralen Bestandteil der Angebotsstruktur einbeziehen und weiterentwickeln können.

6101

6102

6103

6104

6105

Für den Erhalt des gesamten Angebots ist eine Finanzierung außerhalb der bestehenden OJA-Mittel im Stadtteil wichtig. Um die Kinder- und Jugendfarmen in Bremen auch für die Nachmittagsangebote

6106

6107

6108

6109

abzusichern, werden wir eine Finanzierung über die stadtteil-übergreifenden Bewegungs- und Freizeitangebote der Offenen Jugendarbeit prüfen bzw. erfolgen lassen.

6110

- die in der letzten Legislaturperiode eingeführten Budgets für **stadtteilübergreifende Angebote der OJA** dauerhaft absichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln unter der Maßgabe, mit mindestens der Hälfte des Budgets überjährige stadtweite Angebote mit besonderer Strahlkraft abzusichern und mit den verbleibenden Mitteln innovative unterjährige Projekte in der Jugendarbeit zu finanzieren sowie die Förderrichtlinie für Honorare überprüfen, ebenso wie die bisherigen Öffnungszeiten der Einrichtungen, um der hohen Nachfrage nach Angeboten am Wochenende nachkommen zu können.

6111

6112

6113

6114

6115

6116

- die bestehenden Mädchenhäuser und -einrichtungen absichern.

6117

- barrierefreie Zugänge zu Jugendfreizeiteinrichtungen, einschließlich Sanitäranlagen schaffen.

6118

- Dort, wo die Jugendeinwohner*innenzahlen stark gestiegen sind und die Sozialindikatoren den Bedarf an Freizeit- und Sportangeboten verdeutlichen, Neues ermöglichen. Dazu zählt auch die Oslebshauser Multisports Area.

6119

6120

6121

- die öffentliche Förderung von Anerkennungspraktika für Sozialarbeiter*innen in der Offenen Jugendarbeit fortschreiben und ausbauen, die Förderungssystematik der Jugendverbandsarbeit in einem beteiligungsorientierten Prozess mit den Jugendverbänden prüfen und mit dem Ziel einer Stärkung des Arbeitsfeldes weiterentwickeln.

6122

6123

6124

6125

- den mit der **Digitalisierungsstrategie** der Offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit eingeschlagenen Weg in Zukunft fortführen.

6126

6127

- die **Stärkung der Beteiligungsrechte** für Kinder und Jugendliche in der Landesverfassung durch die Entwicklung einer Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie untermauern mit dem Ziel, bestehende Beteiligungsmöglichkeiten besser zu koordinieren und so weiterzuentwickeln, dass auch diejenigen erreicht und aktiviert werden, die sich bisher nicht angesprochen fühlen.

6128

6129

6130

6131

- die **selbstorganisierte Jugendkultur** und die Bereitstellung von öffentlichem Raum zur Selbstorganisation sowie neue Formen der Gebühren- und Kostenfreiheit für Jugendliche im öffentlichen Raum fördern. Die Aufenthaltsqualität auf den Grünflächen, die im Sommer von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Feiern genutzt werden (z.B. Osterdeich, Werdersee), möchten wir für alle Nutzer*innengruppen erhöhen.

6132

6133

6134

6135

6136

- das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen stärker anerkennen, die **Jugendleiter*innencard (JULEICA)** wollen wir aufwerten und die Verfahren hierzu vereinfachen.

6137

6138

6213

6214

Sport und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

6215

Sport ist sowohl körperliche Betätigung als auch Freizeitgestaltung und Teil unseres kulturellen Lebens.

6216

Sport fördert dauerhaft das soziale Miteinander von Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts, jeder

6217

Herkunft und wirkt integrativ nicht nur für Menschen mit Behinderungen. Sport ist Teil der individuellen

6218

wie auch der allgemeinen Gesundheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

6219

6220

Die Koalition wird:

6221

- weiterhin **Kinder und Jugendliche früh an den Sport heranzuführen**. So fördern wir nicht nur die Gesundheit, sondern schaffen auch eine Grundlage für ein späteres sportliches und soziales Engagement in den Vereinen. Sport ist existenziell für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

6222

6223

6224

- die von der Bremer Sportjugend entwickelten **Kinderschutz-Programme** zur sexualisierten Gewalt unterstützen. Gleiches muss auch im Leistungssport Anwendung finden. Kindern und Jugendlichen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit und wir begrüßen das Programm „Safe Sports“ des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) sowie die Einführung des Kinderschutzsiegels durch die Bremer Sportjugend.

6225

6226

6227

6228

6229

- die **Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Bremen-Pass**, z. B. für die Mitgliedschaft in Sportvereinen, beibehalten und den monatliche Förderbetrag in den nächsten Jahren kontinuierlich weiterentwickeln.

6230

6231

6458 **Migrant*innenselbstorganisationen**

6459 **Migrantische Selbstorganisationen (MSOs)** leisten ehrenamtlich einen wichtigen Beitrag zum sozialen
6460 Zusammenhalt. Sie ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe, erfüllen eine soziale Funktion als Treffpunkte
6461 und Kulturorte für die Communities und erfüllen eine Brückenfunktion. Wir behalten den Kurs der Stär-
6462 kung von Migrant*innenselbstorganisationen bei.

6463

6464 **Die Koalition wird:**

- 6465 • ein **Förderprogramm** auf den Weg bringen, das auf die Bedarfe von MSOs zugeschnitten ist und über
6466 den Selbsthilfefonds hinausgehend auch Fördermöglichkeiten in den Bereichen Honorare oder Räum-
6467 lichkeiten bietet.
- 6468 • **Professionalisierungsangebote** im Bereich des ehrenamtlichen Engagements auch für MSOs öffnen
6469 und wo nötig zusätzlich auf den Weg bringen.

6781 **Katastrophenschutz**

6782 Die veränderte geopolitische Sicherheitslage hat direkte Auswirkungen auf die physische und die Cyber-
6783 sicherheit im Land. Neben der technischen Ausrüstung ist die Aus- und Fortbildung für die Helfer*innen
6784 im Katastrophenschutz ein zentraler Baustein. Als leicht verständliches Warnsystem braucht es zusätz-
6785 lich zu Warn-Apps und *Cell-Broadcast* ein flächendeckendes Sirennennetz. Alle sollen wissen, wie sie für
6786 den Katastrophenfall vorsorgen und sich im Ernstfall zu verhalten haben.

6787

6788 **Die Koalition wird:**

- 6789 • mit dem Aufbau einer Zentralstelle Cybersicherheit in einer Kooperation mit dem BSI die Fähigkeiten
6790 in der Cyberabwehr zum Schutz der kritischen Infrastruktur und der digitalen Infrastruktur im Land
6791 Bremen gemäß der Bremischen Cybersicherheitsstrategie 2023 erweitern und die Funktionsweise
6792 der kritischen Sicherheit im Katastrophenfall sicherstellen.
- 6793 • den bislang auf Naturkatastrophen fokussierten Katastrophenschutz zu einem wirksamen Instru-
6794 ment des Krisenmanagements weiterentwickeln und für Bremen und Bremerhaven Krisenpläne
6795 erarbeiten.
- 6796 • die erforderlichen Aus- und Fortbildungen in den unterschiedlichen Disziplinen gewährleisten.
- 6797 • die Ausweitung des Sirennensystems vorantreiben und das notwendige Budget zur Verfügung stellen,
6798 um die Stadtgebiete Bremens und Bremerhavens vollständig abzudecken.

- 6799 • den Bevölkerungsschutz im Land Bremen durch einen klaren, schnell umsetzbaren Investitionsplan
6800 verbessern.
- 6801 • das Thema **Bevölkerungsschutz und Ehrenamtsengagement auch in unseren Schulen adressieren.**
- 6802 • in der anstehenden Novelle des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes eine neue Konzeption für den Be-
6803 reich Katastrophenschutz und Zivilverteidigung vorlegen.

6804

6977

6978

Sport

6979

6980

6981

6982

6983

6984

6985

6986

6987

6988

6989

6990

6991

6992

Turnhallen und Sportplätze

6993

6994

Die Koalition wird:

6995

6996

6997

6998

- die Mittel zur Sanierung städtischer Sportanlagen erhöhen, um die Aufrechterhaltung des Sportbetriebes zu gewährleisten.
- auf Grundlage der vorliegenden Sanierungspläne der Sporthallen eine verbindliche, priorisierte Umsetzungsstrategie vorlegen und diese hinsichtlich der energetischen Sanierungen in enger Verzah-

6999

7000

7001

7002

7003

7004

7005

7006

7007

7008

7009

7010

7011

nung mit der Klimaschutzstrategie fortschreiben.

- mit dem Umweltbetrieb Bremen die Pflege der städtischen Sportanlagen durch Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel sicherstellen und stadtweit einheitlich regeln.
- die Sportinfrastruktur außerhalb der städtischen Sportanlagen weiter verbessern und die Mittel für die Sportvereine zur Bewirtschaftung und Sanierung der vereinseigenen Sportanlagen erhöhen sowie bürokratische Vorgaben abbauen, um die Umsetzung der anerkannten Anforderung zu erleichtern.
- die Einrichtung und Sanierung von Allwetter Sportanlagen und die Errichtung weiterer Großfeldanlagen unter Einbeziehung von Barrierefreiheit sowie Absicherung der Unterhaltungskosten vorantreiben.
- für eine erfolgreiche Umsetzung des Sanierungsplans die erforderliche Struktur bei Immobilien Bremen schaffen und die Beantragung von Fördermitteln (Klimaneutralität und Barrierefreiheit) intensivieren.

7013

Übungsleiter*innen

7014

7015

Die Koalition wird:

7016

- dem Landessportbund Mittel zur kostenfreien Ausbildung von Übungsleiter*innen zur Verfügung stellen, um das Sporttreiben im Breiten- und Leistungssport im Lande Bremen zu verbessern und um das Ehrenamt zu stärken.

7017

7018

7019

- eine weitere Erhöhung der Übungsleiter*innenpauschale auf fünf Euro pro Stunde zur Sicherung und Gewinnung von Übungsleiter*innen ermöglichen sowie die Deckelung der Stunden je Übungsleitenden pro Jahr erhöhen.

7020

7021

7022

- dem Landessportbund Mittel zur Einstellung von sechs hauptamtlichen Übungsleiter*innen zur Verfügung stellen, die bedarfsorientiert und unter Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse eingesetzt werden sollen.

7023

7024

7025

- Studierenden des wiedereingeführten Studienganges Sportpädagogik mit dem Landessportbund einen Ausbildungspfad als Übungsleiter*innen anbieten, damit den Sportvereinen zusätzliche gut qualifizierte Übungsleiter*innen zur Verfügung stehen.

7026

7027

7028

- Kooperationen von Bildungseinrichtungen und Sportvereinen bei der Ausbildung von Übungsleitenden ausbauen.

7029

7030

- den Umgang mit und die Prävention von Queerfeindlichkeit ebenso wie das Thema Inklusion als feste Bestandteile in der Ausbildung der Übungsleitenden verankern.

7031

7032

- Menschen mit Behinderungen in die Ausbildung einbeziehen und ausbilden.

7098

Die Koalition wird:

7099

- durch Kooperation von Bildungsbehörde und Landessportbund einen Angebotsrahmen entwickeln, der den ehrenamtlich durchgeführten Sport mit dem Schulbetrieb verbindet.

7100

7101

- auch in den Sommerferien Bezirkssportanlagen und -hallen bedarfsgerecht offenhalten.

7102

- ergänzend das Projekt „Kids in die Clubs“ zum integralen Bestandteil der Kooperation von Vereinen und Schulen machen.

7103

7104

- eine Ausweitung des Programms „Anerkannter Bewegungskindergarten“ auf den Bereich 0 bis 3 Jahre anstreben.

7105

7106

7107

Sport im öffentlichen Raum

7108

Sport findet in vielen Umgebungen und Quartieren statt. Der öffentliche Raum wird täglich als Bewegungsfläche für sportliche Aktivitäten genutzt. Barrierearme Geräte können von jung bis alt und auch

7109

von Menschen mit Beeinträchtigung genutzt werden.

7110

7111

7121

Inklusion, Integration und Geschlechterbilder im Sport

7122

7123

Die Koalition wird:

7124

- den Inklusionsgedanken im Sport grundlegend berücksichtigen, damit Menschen mit Behinderung ihr Leben nicht mehr an vorhandene Strukturen anpassen müssen.

7125

7126

- Strukturen schaffen, die es ermöglichen alle Menschen in Sportangebote einzubinden, damit u.a. Maßnahmen zur Gesunderhaltung entwickelt und wahrgenommen werden können.

7127

7128

- den Integrationsfaktor des Sports anerkennen, der für Offenheit, Vielfalt und Willkommenskultur steht und die Arbeit der Integration geflüchteter Menschen über den Sport hinaus erleichtert, und entsprechende Projekte ausweiten.

7129

7130

7131

- eine Projektgruppe mit Vertreter*innen von Sportvereinen und -verbänden, von queeren Trägern und Initiativen sowie des Sportressorts gründen, um sowohl bereits bestehende Programme und Konzepte gegen Queerfeindlichkeit und für die Rechte, Belange und Repräsentation von LGBTIQ*-Personen zu unterstützen als auch neue Maßnahmen zu entwickeln.

7132

7133

7134

7135

7136

Prävention sexualisierter Gewalt im Sport

7137

Wir unterstützen die Bremer Sportjugend bei der Umsetzung ihrer Konzepte wie der Integration des

7138

Kinderschutzsiegels und der Safe-Sport-Strategie zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Hierbei

7139

geht es insbesondere um eine Kultur der Aufmerksamkeit und des Hinsehens und die Entwicklung von

7140

Maßnahmen, die der Prävention sexualisierter Gewalt im Sport dienen.

7152 **Beiräte und Ortsämter**

7153 Die Beiräte und Ortsämter stärken das demokratische Engagement in den Stadtteilen und leisten einen
7154 wichtigen Beitrag zur Stadtteilentwicklung. Die ehrenamtliche Arbeit der Beiräte, aber auch die Aufga-
7155 ben der Ortsämter sind in den letzten Jahren dabei komplexer geworden. Diese Entwicklung werden wir
7156 aktiv auf verschiedenen Ebenen unterstützen, sei es mit einem modernen Beiräteortsgesetz, gut ausge-
7157 statteten Ortsämtern oder dem Ausbau im Bereich der Digitalisierung.

7158

7159 **Die Koalition wird:**

- 7160 • gemeinsam mit den Beiräten den begonnenen Diskurs zur Gesetzesänderung fortführen und die **Bei-**
7161 **räte** bei der Durchsetzung ihrer Rechte **stärken.**
- 7162 • gemeinsam mit den Beiräten die Einführung zusätzlicher Stadtteil-Budgets in deren Zuständigkeits-
7163 bereich prüfen.
- 7164 • die jährlichen **Globalmittel für die Beiräte anheben**, um den gestiegenen Kosten bei den antragstel-
7165 lenden Institutionen Rechnung zu tragen.
- 7166 • das **Sitzungsgeld von 25 Euro auf 30 Euro** erhöhen und eine indexgesteuerte Automatisierung ent-
7167 sprechend der Bürgerschaft prüfen.
- 7168 • kontinuierlich **Fortbildungsmöglichkeiten für die Beiratsmitglieder** anbieten und durchführen.
- 7169 • in den Ortsämtern eine **ausreichende Personalausstattung** ermöglichen und dort, wo zusätzliches
7170 Personal erforderlich ist, passgenaue Lösungen mit den Ortsamtsleitungen finden.
- 7171 • ein Modell für die **Vergütung von Betreuungszeiten** entwickeln und dessen Einführung prüfen. um die
7172 politische Beteiligung, insbesondere von Alleinerziehenden zu ermöglichen.

7173

7174 Wir sehen in der **Digitalisierung** nicht nur die Möglichkeit, die Bürger*innen intensiver vor Ort in Beteili-
7175 gungsprozesse einzubinden, sondern auch die Arbeit der Beiräte und Ortsämter zu vereinfachen.

7176

4038 Kulturelle Stadtentwicklung

4039 Die Koalition wird:

- 4041 • ein Kulturkataster erstellen, das **Kulturorte sichtbar machen** soll, insbesondere für die Stadtplanung und bebauungsrechtliche Prozesse, damit sie mitgedacht werden können, anstatt verdrängt zu werden. Kulturelle Nutzungen sind oft von Verdrängung bedroht und insofern besonders schutzbedürftig in der Stadtentwicklung. Mit dem **Kulturkataster** und mit der Fortführung des Kulturflächenentwicklungsprogramms werden wir in Kooperation mit anderen Ressorts, Kulturorte und kulturelle Nutzungen, inklusive Clubs, schützen. Die Daten des Katasters wollen wir in ein umfassendes vernetztes onlinebasiertes Kulturportal mit Veranstaltungskalender, Einrichtungspräsentation und Kartentool zur besseren regionalen und überregionalen Sichtbarkeit der gesamten Kulturszene einfließen lassen. Wir halten fest am *Agent-of-Change*-Prinzip und werden es wirkungsvoll in den Verfahren der Stadtentwicklung etablieren.
- 4051 • einen **Kulturflächenpachtzins für bebaute und nicht-bebaute Flächen** einführen, ähnlich denen für Sportnutzungen und Kleingärten. Dadurch wird eine rechtliche Möglichkeit geschaffen, Zwischennutzungen rechtssicher und ohne eine erhebliche Steigerung ihrer Miete, in dauerhafte Nutzungen zu

4007

4008 Angebote in den Stadtteilen

- 4009 Kultur muss wohnortnah erlebbar sein, um im Leben der Menschen eine größere Rolle zu spielen. Besonders für kulturelle Angebote und **ehrenamtliches** Engagement unter der Woche sind Entfernungen ein entscheidendes Kriterium. Dabei kommt den Räumen und Orten für Kultur in den Quartieren eine zentrale Bedeutung zu.
- 4012 Kulturakteure sollen in die Lage versetzt werden, ein bezahlbares kulturelles Programm für die ganze Breite der Gesellschaft anzubieten, dazu braucht es Angebote an Ateliers, Proben-, Aufführungsräume und Stadtteilprojekte, für Kinder, Jugendliche, junge Menschen und für die immer diverser werdende Gesellschaft in den Stadtteilen.

4017

4054 überführen.

- 4055 • ein gemeinsam genutztes, dauerhaftes, für mehrtägige Veranstaltungen nutzbares Festivalgelände einrichten und hierzu verschiedene Möglichkeiten prüfen, u.a. das Gelände der ehemaligen JVA im Blockland.
- 4057 • dort wo kulturelle Zwischennutzungen erfolgreich sind, auch weiterhin daran arbeiten sie zu verstetigen. Dort wo Zwischennutzungen enden, unterstützen wir die Projekte bei der Suche nach neuen Standorten. Kulturelle Zwischennutzungen haben sich als Instrument der Stadtentwicklung und zur Schaffung temporärer kultureller Räume bewährt.
- 4058 • die Zwischenzeitzentrale (ZZZ) stärken, so dass sie baurechtlich vorlageberechtigt ist.
- 4059 • die bereits erarbeiteten Maßnahmen des Programms „Bremen jung und kreativ“ umsetzen. Durch Zurverfügungstellung von Flächen sowie deren bauliche und emissionschutzrechtliche Ertüchtigung soll die Kulturszene bei ihren Veranstaltungen unterstützt werden. Einen besonderen Bedarf sehen wir bei Flächen, die auch für nächtliche Musikveranstaltungen geeignet sind.
- 4060 • eine sog. „Materialversammlung“ als Materialpool nach dem Vorbild der Hanseatischen Materialverwaltung in Hamburg entwickeln und dauerhaft zum synergetischen Nutzen aller etablieren; ebenso eine gemeinsam nutzbare Werkstatt für die Kulturszene, in der neben der Produktion von Bühnenbildern und Dekoration auch Workshops stattfinden können.
- 4061 • den bewährten offenen Austausch im Rahmen der „Denkzellen“ fortführen.
- 4062 • in 2024 den bereits beschlossenen Schallschutzfonds umsetzen, um in einer verdichteten Stadt Konflikte zwischen Wohnbebauung und Kulturnutzungen zu verhindern.
- 4063 • sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Clubs als „Anlagen für kulturelle Zwecke“ in die Bau-nutzungsverordnung aufgenommen werden und dafür, dass Kulturnutzungen zukünftig, wie auch Sporteinrichtungen, nicht nur im Ausnahmefall, sondern im Regelfall in Gewerbegebieten zulässig sind. Wir unterstützen die Einführung einer Experimentierklausel Lärmschutz, orientieren uns dabei am Vorschlag der Bauminister*innenkonferenz und werden das Instrument anwenden. Außerdem befürworten wir eine Novellierung der TA-Lärm und werden uns gemeinsam mit anderen Ländern auf Bundesebene dafür einsetzen, damit „Kulturlärm“ genauso privilegiert wird wie Sportlärm.
- 4064 • gemeinsam mit der Beirätekonferenz erörtern, wie aufgrund der gesamtstädtischen Bedeutung in den Beiratsgebieten geeignete Flächen für Freiluftpartys zur Verfügung gestellt werden können und somit die Ballung auf einzelne Stadtteile vermieden werden kann. Um Schallkonflikten vorzubeugen oder sie zu lösen, werden wir den Veranstaltenden ausleihbare Pegelmessgeräte mit Protokoll-Funktion zur Verfügung stellen. Die Stadt profitiert erheblich vom ehrenamtlichen kulturellen Engagement der Freiluftparty-Szene. Jedoch stehen immer weniger Flächen zur Verfügung, mit immer höheren Auflagen.

6352

Politische Teilhabe

6353

Viele ältere Menschen engagieren sich im Ehrenamt, in Bürgerinitiativen, in Verbänden und Initiativen.

6354

Dieses Engagement ist von hohem Wert für das gegenseitige Verständnis der Generationen und unsere

6355

Zivilgesellschaft. Der bremischen Seniorenvertretung kommt als anerkannte Interessenvertretung für

6356

alle älteren Menschen im Land Bremen eine besondere Rolle zu.

6357

Die Koalition wird:

6358

- die **Seniorenvertretung** auch weiterhin eng begleiten und sie **als politische Partnerin** in unsere Entscheidungen einbinden.

6359

6360

- sich dafür einsetzen, eine Vertretungsperson von einem queeren Träger in die Senior*innenvertretung zu senden, damit die **Belange älterer Menschen der LGBTIQ* Community** besser gehört werden.

6361

6362

- mit der Seniorenvertretung und der interessierten Öffentlichkeit Möglichkeiten der Erweiterung des Einflusses der Seniorenvertretung auf politische Entscheidungen, etwa durch ein Senior*innenmitwirkungsgesetz, erörtern und über Strategien der **Förderung der politischen Teilhabe** der älteren

6363

6364

6365

- Generation diskutieren.

6699	Feuerwehr
6700	
6701	Die Koalition wird:
6702	• bei den Feuerwehren einen auf 70 Prozent erhöhten Anwärterzuschlag und die Eingangsbesoldung A8 einführen.
6703	
6704	• eine Zielzahl von 860 Brandschützer*innen in Bremen festlegen.
6705	• für einen Ausbau des Ehrenamtes bei den Freiwilligen Feuerwehren eine mehrsprachige Zukunftskampagne zur Erhöhung der Bewerbungszahlen etablieren.
6706	
6707	• den Zugang zum Auswahlverfahren erleichtern.
6708	• die Jugendfeuerwehren als Nachwuchs-Pool für die Feuerwehren stärken, zum Beispiel durch die Anerkennung bereits vorhandener Vorausbildungen und fachlicher Sachkenntnisse.
6709	
6710	• das Gutachten zur Brandschutzbedarfsplanung umsetzen, sobald es bewilligt vorliegt.
6711	• in entsprechende moderne technische Ausrüstung investieren und für einen zeitgemäßen Fuhrpark sorgen, beim Umbau des Fuhrparks bei Polizei und Feuerwehr auch auf Einsatzfahrzeuge mit alternativen Antriebsformen setzen sowie für die schweren Fahrzeuge der Feuerwehr den Einsatz von synthetischen Kraftstoffen zur Emissionsreduzierung prüfen.
6712	
6713	• gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband das Strukturkonzept für die Freiwilligen Feuerwehren mit Tempo umsetzen, damit die Gerätehäuser in allen Stadtteilen den heutigen technischen Standards entsprechen.
6714	
6715	
6716	
6717	

6718	• in Burglesum drei Freiwillige Feuerwehren zu einer modernen Schwerpunktwache bündeln.
6719	• in diesem Zusammenhang prüfen, inwieweit am Standort Burglesen ebenfalls eine Außenstelle der Feuerwehrscheule eingerichtet werden kann.
6720	
6721	• gemeinsam mit der Feuerwehrbeauftragten den bisherigen Erfolg der beschlossenen Organisations- und Führungsstrukturänderungen und das geänderte Aus- und Fortbildungskonzept im Rahmen des Leitbildprozesses FEUERWEHR 2025 evaluieren.
6722	
6723	
6724	• ihre um eine diverse und moderne Feuerwehr in Zusammenarbeit mit der unabhängigen Feuerwehrbeauftragten auf Grundlage der Beschlüsse der vergangenen Legislaturperiode weiterführen und die nötigen Mittel bereitstellen. Auch die Schutzmaßnahmen für Betroffene und das eingeführte Verfahren für Betroffene von Sexismus und Rassismus in der Feuerwehr werden wir evaluieren.
6725	
6726	
6727	
6728	• den stadtbremischen Rettungsdienst als Sondervermögen neu aufstellen.
6729	• spezielle Lösungen für altersgerechte Arbeitsplätze im Rettungsdienst prüfen.
6730	• die Einrichtung eines Laufbahnzweigs Rettungsdienst in der Laufbahn der Fachrichtung Feuerwehr prüfen.
6731	
6732	• in einer Novelle des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes die obligatorische Brandverhütungsschau, die Einführung des Tele-Notarztes und eine Gefährdungshaftung für Schiffsbetreiber regeln.
6733	
6734	• die Einführung einer Ersthelfer-App prüfen, die im Falle eines Herzkreislaufstillstands in der unmittelbaren Umgebung befindliche registrierte Ersthelfer*innen alarmiert.
6735	

**Vereinbarung zur Zusammenarbeit
- Koalition -
zwischen
SPD, CDU, FDP
in der 21. Wahlperiode
der Seestadt Bremerhaven
2023 - 2027**

2. Koa-Vertrag Bremerhaven

2023-2027

gesichtet aus Perspektive der Bremer Engagementstrategie

Jugendarbeit stark machen

Wir sichern eine auskömmliche Finanzierung der Jugendbildungsreferent:innen und der nötigen Sachkosten in Bremerhaven, um die außerschulische politische

16

Jugendbildungsarbeit zu gewährleisten. Wir stärken die diverse Jugendverbandsarbeitslandschaft in Bremerhaven und stärken den Dachverband (Stadtjugendring e.V.). Das aufsuchende Angebot der Streetworker:innen hat sich bewährt und muss weiter gestärkt werden.

Wir sichern die ehrenamtliche Arbeit in der Stadt Bremerhaven so, dass sie auf aktuelle Tendenzen, Strömungen und Anforderungen schnell und angemessen reagieren kann und die Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auch weiterhin vorgehalten werden können.

Das Jugendparlament ist eine begrüßenswerte politische Beteiligung von Jugendlichen und ein zentraler Baustein für die Demokratiebildung junger Menschen in Bremerhaven. Wir werden diese Form der Partizipation von Jugendlichen durch die Weiterfinanzierung, fachliche Begleitung und ein ausreichendes Budget weiterführen.

Wir unterstützen auch weiterhin die Demokratiebildung von jungen Menschen in unserer Stadt und sorgen für diverse und nachhaltige Projektarbeit. Kinder und Jugendbeteiligung ist in dem jetzigen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz deutlich fokussiert und damit ein Rechtsanspruch von Kindern und Jugendlichen. Es gilt hierbei die Arbeit der/des Kinder- und Jugendbeauftragten so zu stärken, dass Kinder und Jugendliche an allen für sie relevanten Bereichen beteiligt werden können.

Fortschreibung des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“

Wir wollen das kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ weiterführen. Das Antragsvolumen hat die zur Verfügung stehenden Mittel 2022 und 2023 deutlich überschritten. Daher wollen wir das Volumen angemessen ausbauen.

Stärkung der ehrenamtlichen Strukturen/ Umsetzung der Engagement-Strategie

Das gesellschaftliche Leben in Bremerhaven wird maßgeblich mitgetragen durch ehrenamtliches Engagement. Während der Corona-Pandemie wurde seitens des Landes die Erstellung einer Engagement-Strategie in Auftrag gegeben. Ziel dieser ist es zu untersuchen, wie die Freiwilligenstrukturen besser unterstützt werden können. Der Prozess wurde für den Magistrat federführend vom Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik begleitet. Hier ist auch die **Freiwilligenagentur Bremerhaven angesiedelt, die wir hauptamtlich unterstützen wollen**. Über die Mitwirkung am Prozess, die Einbindung unterschiedlicher Fachbereiche, in denen Ehrenamt eine maßgebliche Rolle spielt (u.a. Schule, Kinderförderung, Kultur, Sport, Jugend, Soziales, Senior:innen) sowie einem Fachtag wurden Bedarfe und Ziele erörtert.

Öffentliche Sicherheit und Sauberkeit

Polizei

Die Koalition bekennt sich zur Ortspolizeibehörde Bremerhaven und ihrer Eigenständigkeit. Durch ihre Verankerung auf kommunaler Ebene schafft die

7. Anstrengungen aus Sicht der Brandschutzbedarfsplanung begrenzt.

Anerkennung und Stärkung des Ehrenamtes bei den Freiwilligen Feuerwehren

Die Freiwilligen Feuerwehren sind unverzichtbarer Bestandteil der Gefahrenabwehr. Ihre Leistungsfähigkeit und die Unverzichtbarkeit zeigten die Freiwilligen Feuerwehr insbesondere während der vergangenen Krisen und im alltäglichen Einsatz. Die Sicherstellung des ehrenamtlichen Feuerwehrynachwuchses durch geeignete Maßnahmen und Projekte, die finanzielle Unterstützung der jeweiligen Jugend- und Kinderfeuerwehren, der kurzfristige Abschluss des Neubaus des Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr in Wulsdorf und die verbesserte technische Ausstattung aller drei Freiwilligen Wehren wird sichergestellt. Wir wertschätzen die ehrenamtliche Arbeit der freiwilligen Feuerwehren und werden sie auch weiterhin unterstützen.

Senior:innen

Wir möchten, dass Menschen in unsere Stadt gesund und sicher älter werden können. Daher werden wir das "Zukunftskonzept für Senior:innenpolitik in Bremerhaven" maßnahmenbezogen umsetzen. Die Gestaltung eines guten Lebens im Alter ist dabei eine Querschnittsaufgabe, die die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe, die Selbstbestimmung und die Selbstwirksamkeit älterer Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen zum Ziel hat. Die Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten Angebots- und Versorgungsstruktur, sowie der Ausbau und die Sicherstellung der Koordination und Vernetzung in der Senior:innenarbeit sind dabei grundlegend. Engagement und Beteiligung muss durch Professionalisierung in Form einer Geschäftsstelle für den Senior:innenbeirat gestützt werden, um eine nachhaltige Entwicklung der Arbeit des Beirats gewährleisten und damit der älteren Bevölkerung eine Stimme geben zu können.

Wir wollen das Ehrenamt stärken und neue Ehrenamtliche gewinnen. Dazu führen wir eine Zukunftswerkstatt durch. Das „Netzwerk Digitalambulanzen“ wollen wir sichern und weiterentwickeln, und in den Treffpunkten mit den notwendigen Gerätschaften ausstatten. Das Projekt "Präventive Hausbesuche" wollen wir verstetigen. Ebenso soll die Demenzberatung gestärkt werden. Wir wollen ein Pilotprojekt für organisierte bezahlte Nachbarschaftshilfe durchführen.

Die Senior:innentreffpunkte werden wir zu Drehscheiben für alle Fragen und Lebenslagen im Alter weiterentwickeln. Dabei stehen niederschwellige Informations-, Beratungs- und Begegnungsmöglichkeiten, die Problemabwehr und -bewältigung sicherstellen zu können, im Mittelpunkt. Wir wollen die Senior:innentreffpunkte als Anlaufstellen in allen Stadtteilen. Daher werden wir auch im Norden der Stadt einen entsprechenden Anlaufpunkt schaffen. Ebenso werden wir die kleinteilige Arbeit der Treffpunkte durch einen Veranstaltungstopf stärken. Bei den anstehenden energetischen Sanierungen muss auch die Barrierefreiheit mit bedacht werden.

Sport und Freizeit

Sport und Freizeit sind für uns wichtige „weiche“ Standortfaktoren, die das soziale und gesellschaftliche Miteinander fördern. Die Lebensqualität bemisst sich mittlerweile auch an den vielfältigen Sport- und Freizeitangeboten. Daher werden wir den Sport materiell fördern und das Ehrenamt würdigen. Hierzu werden wir die Sport- und Freizeitstätten schrittweise sanieren und an die heutigen Erfordernisse anpassen. Auf der Sportanlage im Bürgerpark werden wir einen relevanten Beitrag zur energetischen Sanierung des Vereinsheim sowie einen Neubau einer Einfeld-Turnhalle leisten.

Die Ausbildung von ehrenamtlichen Übungsleiter:innen wird weiterhin finanziell gefördert; ebenso soll die Inklusion im Sport das Gemeinsame fördern und daher gefördert werden.

Neben den erforderlichen Sanierungsmaßnahmen des Nordseestadions werden wir die erforderlichen kommunalen Anteile an die Bundesförderung zur Verfügung stellen. Darüber hinaus werden wir die Sanierungsmaßnahmen von zwei Kunstrasenplätzen der ersten Generation in dieser Legislaturperiode anstreben.

Als einzige deutsche Großstadt an der Nordseeküste soll der maritime (Wasser-) Sport auch zukünftig in unserer touristischen Ausrichtung eine Rolle spielen. Hierzu sollen über die Erlebnis Bremerhaven sport- und freizeitausgerichtete Angebote erarbeitet werden.

Wir halten es angesichts der im Raum stehenden Forderung nach Schwimmkursen für angemessen, dass alle Kinder und Jugendliche schwimmen lernen. Hierzu werden wir die Aktivitäten des Schul- und Vereinssport stärken. Den Schwimmsportvereinen werden die Kosten für die Nutzung der Bäder (Bahn- und Beckengebühren) erlassen, sofern diese ihr Angebot für das Erlernen von Schwimmen ausbauen.

Kultur

Für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und die Bekämpfung von Bildungsarmut nimmt die Kultur eine Schlüsselrolle ein. Kultur stellt dazu für Bremerhaven als Oberzentrum einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor dar. Das von städtischen als auch freien Kulturträgern mit hohem, teilweise ehrenamtlichem, Engagement getragene vielfältige Kulturangebot wollen wir stärken und in den Quartieren Freiräume für die kulturelle Entwicklung schaffen und unterstützen. Kultur kann Motor für eine Neuausrichtung der Innenstadt und die Attraktivität der Stadtteile spielen.

Das Kulturangebot Bremerhavens muss für die Einwohner:innen der Stadt aber auch überregional für den wachsenden Kulturtourismus besser durch die Erlebnis Bremerhaven GmbH gemeinsam mit dem Kulturamt vermarktet werden.

Wir wollen den Bereich der kulturellen Bildung voranbringen. Wo vielen Kindern und Jugendlichen der familiäre Zugang zu den Kultureinrichtungen fehlt, müssen Vermittlungsangebote verstetigt und optimiert werden. **Dafür verfolgen wir das Ziel der Gründung eines Zentrums für kulturelle Bildung in der Innenstadt, in das auch freie Angebote für Jugendliche (z. B. ein Jugendkulturtreffpunkt) integriert werden können. Ein Umsetzungskonzept ist bis zum Jahresanfang 2024 vorzulegen.**

59

Viele Beispiele in der Stadt zeigen, dass Kultur ein Motor von Stadtteilentwicklung sein kann. Hierzu bedarf es einer konstanten Förderung für Projekte der Freien Kulturszene und der Unterstützung von Initiativen, mit denen ähnliche Impulse gesetzt werden. Dabei liegt ein Fokus auf Projekten, für junge Menschen oder auch Familien]

Konkret werden folgende Maßnahmen vereinbart:

Die Stadtbibliothek in der Innenstadt wird an geeigneter Stelle zu einem Begegnungszentrum für alle Bürger:innen ausgebaut und trägt hierdurch zur Attraktivierung der City bei.

Die Dauerausstellung des Historischen Museums Bremerhaven ist ansprechend, hat aber mittlerweile einige Schwachstellen. Die Geschichte Bremerhavens ist derzeit nur bis in die 1950er Jahre dargestellt und Barrierefreiheit ist nicht überall gegeben. Deswegen wollen wir die Dauerausstellung unter Einbezug des Museumsschiffs „Gera“ auf der Grundlage der von der Museumsleitung vorgelegten Variantenuntersuchung überarbeiten und modernisieren. Damit schaffen wir auch wieder neues Interesse an dem Museum und der Geschichte Bremerhavens. Daneben verabreden die Koalitionsparteien die Verstetigung der Bildungs- und Vermittlungsangebote des Jungen Theaters und des Philharmonischen Orchesters Bremerhaven. Künftig soll auch der Kunstverein durch entsprechende Anhebung seiner Zuwendung in die Lage versetzt werden, eine Stelle für die Kunstvermittlung einzurichten.

Die Entlastung freier Kulturträger von verwaltungsmäßigen Aufgaben, die gerade bei ehrenamtlich Tätigen eine besondere Herausforderung darstellen, soll künftig durch eine zentral beim Kulturamt angesiedelte Unterstützungsstelle gewährleistet werden. Dort können anfallende Verwaltungsarbeiten z.B. des TiF, des Piccolo Teatro oder freier Galerien angesiedelt werden.

Menschen mit Behinderung

Der Teilhabeplan für Menschen mit Behinderung wird fortgeschrieben.

Wir wollen die Bedarfe für barrierefreies Wohnen in den Stadtteilen unter Einbeziehung von Senior:innen erheben. Ebenso sollen Impulsprojekte zum Aufbau neuer Wohnformen wie bspw. der Koppelung von betreutem Wohnen für Behinderte und Studierendenwohnen oder von Familien mit älteren Menschen gefördert werden. Hierbei ist auch die Schaffung von zusätzlichen Mehrgenerationenhäuser bei den Wohnungsgesellschaften zu berücksichtigen.

Das Stadttheater als integraler Bestandteil der Bremerhavener Kulturlandschaft bekommt einen barrierefreien Zugang für das Obergeschoss des großen Hauses sowie des gesamten kleinen Hauses durch die Installation eines Fahrstuhls. Um Sport und Kultur bzw. Freizeitgestaltung in Gänze für alle zugänglich und erlebbar machen, bedarf es der regelmäßigen Einbeziehung des Amts für Menschen mit Behinderung bzw. des lokalen Behindertenbeauftragten. Inklusive, barrierefreie politische Bildung und politisches Engagement wollen wir ermöglichen, u.a. durch die Förderung des Einsatzes von Gebärdendolmetscher:innen und der Bereitstellung von Informationen in leichter Sprache.)